

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**Verbraucher:innen vor Fake Shops schützen**

Fake Shops sind betrügerische Onlineshops, die mit günstigen Angeboten locken, jedoch nach der Bezahlung entweder gar keine Ware liefern oder minderwertige Produkte verschicken. So können Webseiten imitiert werden, die täuschend ähnlich zu tatsächlichen Shops aussehen. Für Verbraucher:innen stellen diese Seiten ein erhebliches Risiko dar, denn wer auf einen solchen Shop hereinfällt, verliert in der Regel sein Geld unwiederbringlich. Die Gefahr wächst, da betrügerische Fake Shops durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) immer professioneller auftreten, schwerer zu erkennen sind und im Handumdrehen neu aufgebaut werden können.

Um Verbraucher:innen besser zu schützen, setzen die Verbraucherzentralen verstärkt auf Aufklärung und digitale Hilfsmittel. Ein zentrales Instrument ist der Fake Shop-Finder (<https://www.verbraucherzentrale.de/fakeshopfinder-71560>, (Stand: 19. August 2025), mit dem Nutzer:innen verdächtige Onlineshops schnell überprüfen können. Der Fake Shop-Finder überprüft die URL (Uniform Resource Locator) der Seite und konnte so schon tausende Verbraucher:innen davor bewahren auf Fake Shops hereinzufallen und Kreditkarteninformationen auf derartigen Betrügerseiten einzugeben. Das Land Bremen hat aktiv an der Weiterentwicklung dieses Tools mitgewirkt. Seit seiner Einführung konnten bis Januar 2025 bereits über 72 700 Fake Shops identifiziert werden – allein im Jahr 2024 durchschnittlich 1 600 pro Monat. Diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig es ist, Verbraucher:innen über die Risiken aufzuklären und ihnen praktische Werkzeuge an die Hand zu geben.

Darüber hinaus werden auch behördliche Maßnahmen intensiviert, um Fake Shops zu bekämpfen. Die Polizei kann beispielsweise Webseiten-Inhalte oder ganze Domains löschen lassen, um die Verbreitung betrügerischer Angebote einzudämmen. Information und Prävention sowie konsequentes behördliches Eingreifen können Verbraucher:innen effektiv schützen. Leider erfahren viele Nutzer:innen erst nach einer Betrugserfahrung von dem Problem. Hier besteht weiterhin Bedarf das Bewusstsein für

Betrugsgefahren im Internet zu schärfen und einfache Kriterien für eine Überprüfung bereitzustellen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die derzeitigen Präventions- und Informationsmaßnahmen zum Schutz der Verbraucher:innen vor Fake Shops?
2. Wie können Verbraucher:innen Fake Shops noch vor der Nutzung erkennen?
3. Wie wird der Fake Shop-Finder im Land Bremen unter Verbraucher:innen bekannt gemacht?
4. Gibt es im Land Bremen an Schulen Informationen oder Unterrichtseinheiten, in denen über die Gefahren durch Fake Shops aufgeklärt wird?
5. Besteht aus Sicht des Senats Bedarf die Präventions- und Informationsangebote zum Thema Fake Shops im Land Bremen auszuweiten?
6. Gibt es Erkenntnisse oder Schätzungen dazu, wie viele Strafanzeigen pro Jahr bundesweit und im Land Bremen wegen Fake Shops gestellt werden?
7. Gab es bereits Strafanzeigen gegen Fake Shops mit Sitz im Land Bremen?
8. Welche rechtlichen Grundlagen ermöglichen im Land Bremen gegen Fake Shops mit dem Ziel der Löschung der Webseiteninhalte oder gegebenenfalls der de-Domain vorzugehen?
9. Mit welchem Ziel gehen die zuständigen Behörden gegen den Hosting-Provider üblicherweise vor, mit dem Ziel der Löschung der Webinhalte oder der Löschung der Domain?
10. Welche Behörden sind aus Sicht des Senats für gefahrenabwehrrechtliche Löschungsanordnungen gegenüber identifizierten Fake Shops im Land Bremen zuständig?
11. Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Bund in der Bekämpfung von Fake Shops?
12. Welche spezialisierten Einheiten oder Fachstellen, die sich mit der Bekämpfung von Online-Betrug und speziell mit Fake Shops befassen, gibt es in der bremischen Polizei?

13. Inwiefern kann Künstliche Intelligenz dabei helfen, Fake Shops zu erkennen, und wird sie in Behörden im Land Bremen dafür eingesetzt?
14. Inwiefern können Zahlungsdienste helfen, frühzeitig Fake Shops zu erkennen und einen Missbrauch zu verhindern?

Medine Yildiz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD